

Medienmitteilung vom 4. April 2008

## **Polizeidirektorenkonferenz in der Stadt Zug**

**Am 3./4. April 2008 fand in der Stadt Zug die Generalversammlung der Konferenz der städtischen Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren der Schweiz (KSPD) statt. Zudem wurden die Themen "Chancen und Grenzen einer gemeinsamen regionalen Polizeiausbildung" für zwölf Schweizer Polizeikorps an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch (IPH), Videoüberwachungen im öffentlichen Raum am Beispiel der Stadt St. Gallen und die Vorbereitungen für die EURO 2008 in der Stadt Zug präsentiert.**

An der diesjährigen Generalversammlung der KSPD nahmen rund 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil; politische Verantwortliche des Polizeiwesens in den Städten und mehrere Kommandanten von städtischen Polizeikorps.

Erfolgreiche Einsätze und eine bürgernahe Polizeiarbeit hängen entscheidend von der Ausbildung der angehenden Polizistinnen und Polizisten ab. Diese werden heute mehrheitlich in regionalen Ausbildungszentren ausgebildet. Das grösste und modernste unter ihnen ist die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH), die im vergangenen September ihre Tore öffnete und jährlich rund 300 Polizistinnen und Polizisten aus elf Kantonen (AG, BE, BL, BS, LU, NW, OW, SZ, SO, UR, ZG) und der Stadt Luzern auf ihre künftige Aufgabe vorbereitet. Dass sich dadurch die angehenden Polizistinnen und Polizisten mehr mit ihrem neuen Beruf als mit Ihrem Korps und mit ihrer Stadt oder ihrem Kanton identifizieren, sei dabei nicht zu vermeiden. Auch erscheine die Ausbildung an der IPH vergleichsweise teurer und die Korps verlören ihre eingespielten, auf die eigenen Bedürfnisse und Einsatzgrundsätze ausgerichteten Ausbildungen. Die Vorteile einer gemeinsamen Ausbildung würden aber bei Weitem überwiegen und seien als Investition in die Zukunft zu betrachten, wie Christoph Tanner, Direktor der IPH, betonte. Die enge Zusammenarbeit der IPH mit den Polizeikorps und ein institutionalisiertes Evaluationssystem würden sicher stellen, dass deren Bedürfnisse optimal abgedeckt seien und die Ausbildung letztlich den nötigen Praxisbezug aufweisen würde.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum polarisiert. Für die Befürworter ist sie ein effektives Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung, die Gegner fürchten einen Verlust der Privatsphäre. In der Praxis entscheiden sich die meisten Städte für einen pragmatischen Mittelweg, der auch von der Bevölkerung unterstützt wird, wie Volksabstimmungen in verschiedenen Städten wiederholt gezeigt haben: Der Einsatz der Kameras wird gesetzlich geregelt, auf besonders exponierte Orte und Brennpunkte beschränkt und von flankierenden Massnahmen begleitet. So auch in der Stadt St. Gallen, wo im vergangenen Jahr die gesetzlichen Grundlagen zur Videoüberwachung auf öffentlichem Grund und im Umfeld der Arena in Kraft gesetzt wurden und die Stimmberechtigten dem nötigen Verpflichtungskredit in Höhe von rund 2,5 Millionen Franken zustimmten. Die bisherigen Erfahrungen seien positiv, betonte Pius Valier, Kommandant der Stadtpolizei St. Gallen. Die gesetzlichen Regelungen erlaubten einen örtlich begrenzten Einsatz von Kameras mit Personenidentifikation dort, wo es zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich und auch verhältnismässig sei. Zudem müsse die Öffentlichkeit mit Hinweistafeln darauf aufmerksam gemacht werden. Die Aufzeichnungen dürften für strafrechtliche Ermittlungen verwendet werden, seien im Übrigen aber nach 100 Tagen zu vernichten.

Sicherheitsfragen rund um die Fussballeuropameisterschaft EURO 08 im Juni beschäftigen nicht nur die eigentlichen Austragungsorte. Am Beispiel der Stadt Zug erläuterte Hugo Halter, stellvertretender Kommandant der Zuger Polizei, wie sich kleinere Städte auf mögliche Probleme mit gewaltbereiten oder übermässig alkoholisierten Personen, aber auch auf vermehrte Belastungen durch Lärm, Hupkonzerte und ein stärkeres Verkehrsaufkommen vorbereiten, wie sie im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Fussballober event zu erwarten sind. Ein wichtiger Faktor dabei sei, Aktivitäten wie Public Viewings auf bestimmte Örtlichkeiten zu konzentrieren, statt sie über das ganze Stadtgebiet zu verteilen. Zudem könne es schliesslich auch sinnvoll sein, bestimmte Strassenzüge für den Verkehr zu sperren, um die Quartiere zu entlasten.

Weitere Auskünfte erteilt:

Christina Beurret, Sekretärin KSPD, Tel. 076/375 36 34